

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4586. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon 4506**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Restame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Forderungen der Reparationskommission.

Paris, 15. März. Wie der Petit Parisien mitteilt, hat die Reparationskommission sich gestern versammelt, um Deutschland aufzufordern, den Artikel 235 des Friedensvertrages auszuführen, das heißt den Rest der Summe zu begleichen, der nach der Ansicht der Kommission noch nicht bezahlt wurde. Es handelt sich hier um die 20 Milliarden Goldmark. Bekanntlich hat Deutschland nach seiner Ansicht für 21 Milliarden seit dem Waffenstillstand an die Alliierten geliefert. Die alliierten Regierungen jedoch behaupten, daß nur die Summe von 8 Milliarden erreicht wurde. Die Reparationskommission wird ferner gemäß Artikel 233 spätestens am 1. Mai Deutschland den gesamten Betrag der Schuld mitteilen, deren Entschuldigungsvertrag vorschreibt. Das Blatt fügt hinzu, dieser Betrag sei notwendigerweise höher als die Summe, die das Abkommen von Paris festgelegt hat, mit anderen Worten, jagt der Petit Parisien, wenn Deutschland auf seiner Ablehnung verharre, so würde es die Alliierten zwingen, die lächerliche Ausföhrung des Vertrages zu verlangen. Das sei die Bedeutung der gestrigen Sitzung der Reparationskommission.

180 Milliarden Goldmark.

Berlin, 15. März. Die deutsche Regierung von der Reparationskommission übermittelten Schädensrechnungen der normals feindlichen Länder belaufen sich nach den bisherigen Umrechnungen auf insgesamt rund 180 Milliarden Goldmark.

Der Betrag von 180 Milliarden Goldmark, der allerdings nur die Schadensmeldungen der Alliierten darstellt, zu denen Deutschland sich noch äußern darf, übersteigt die Pariser Forderungen, die eine auf 42 Jahre verteilte Gesamtzahlung von 228 Goldmilliarden und eine 12 prozentige Ausfuhrabgabe vorsehen, um mehr als das Doppelte. Es wäre also sinnlos, wenn die deutsche Regierung die Festschreibung des Reparationsbetrages durch die Reparationskommission abwartete; sie ist ebenso wie die Entente auf eine gütliche Einigung auf dem Wege der Verhandlungen angewiesen. Denn der phantastische Betrag der Schadensrechnungen beweist deutlich, daß es sich nicht darum handelt festzustellen, was Deutschland schuldet, sondern was es zahlen kann.

Kahr ermuntert zur Rebellion gegen die Entwaffnung.

München, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Bei der gestrigen Beratung des Staats des Innern im bayerischen Landtag ergriff Ministerpräsident v. Kahr das Wort zu einer längeren Rede, in der er den Ausnahmezustand verteidigte und die Polizeiherrschaft des Münchener Polizeipräsidenten Böhner verherrlichte. Zur Frage der Einwohnerwehr wiederholte er die alten Märschen, die Einwohnerwehr sei nur zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung da, sie sei keine militärische Organisation und kein Bestandteil der Orgesch und Defa. Die Personalunion zwischen dem Leiter der Einwohnerwehr und der Orgesch berechtige nicht zu dieser Auffassung. Wenn nur 50 Prozent aller deutschen Männer die Qualität des Herrn Escherich hätten, würde Deutschland anders aussehen. Der Ministerpräsident wiederholte die „Gründe“ für seine Ablehnung des neuen Entwaffnungsgeheißes, wie sie der bayerische Gesandte schon im Reichsausschuß vorgetragen hat. Er könne sich nicht für die Entwaffnung der Einwohnerwehr aussprechen und könnte auch die Männer nicht verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen wollen. Bayern wird unter allen Umständen an seinem bisherigen Standpunkt festhalten. In seiner Rede brachte der Ministerpräsident heftige Angriffe gegen die Linke vor, ohne auch nur ein Wort über das Treiben der Rechtspulschisten zu finden, und löste dadurch andauernd kämpferische Interaktionen von links aus. Nach ihm sprach der rechtssozialistische Abgeordnete Kuer, der die Entwaffnung der Einwohnerwehr forderte und sagte, die Frage der Einwohnerwehr sei heute zu einer außenpolitischen Frage der deutschen Reichspolitik geworden. Es handle sich heute darum, ob Bayern gegen das Reich rebellieren oder die Anordnungen der Reichsregierung ausführen wolle.

Die Einwohnerwehr als monarchistische Putschtruppe.

München, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Einwohnerwehr in Pasing bei München beschloß, daß ihre Mitglieder nicht zugleich dem republikanischen Schutzbund angehören dürfen. Wer in beiden Organisationen Mitglied ist, wird mit Streichung von der Liste der Einwohnerwehr bedroht, sofern er nicht innerhalb vierzehn Tagen seinen Austritt freiwillig erklärt. Damit ist bewiesen, daß Staatsbürger, die nach der Weimarer Verfassung die Republik schützen, in der Einwohnerwehr nichts mehr zu suchen haben. Trotzdem wird immer behauptet, daß die Einwohnerwehr nichts mit Politik zu tun habe, daß sie nur Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und die Republik schützen wolle. Man kann sich vorstellen, mit welcher Begeisterung diese Bahner die republikanische Verfassung gegen einen monarchistischen Putsch verteidigen würden.

Talaat Pascha ermordet.

Armeniertrage an dem Armenierschlächter.
Berlin, 16. März. Gestern vormittag ist in Berlin der ehemalige türkische Großwesir Talaat Pascha ermordet worden. Talaat Pascha hielt sich seit zwei Jahren mit seiner Frau angeblich ohne Kenntnis der deutschen Behörden in Berlin auf. Er wohnte unter dem Decknamen Ali San mit seiner Frau in einer Pension am Rnie in der Hardenbergstraße. Den Decknamen hatte er deshalb gewählt, weil er nach dem Vertrag von Versailles als Führer der jungtürkischen Bewegung der Entente hätte ausgeliefert werden müssen, wenn es den deutschen Behörden bekannt gewesen wäre, daß er sich in Berlin oder überhaupt in Deutschland aufhielt. Er lebte vollkommen zurückgezogen, betätigte sich in keiner Weise politisch und stand, entgegen anderslautenden Meldungen, mit der deutschen Regierung in keinerlei Verbindung. Ebenso unterhielt er mit seinen Landsleuten kaum Fühlung. Wie fast alltäglich, so unternahm er auch gestern einen Spaziergang. Kaum hatte er seine Wohnung verlassen, als sich ihm ein junger gut angezogener Mann näherte, ihn ansprach und nach kurzem Wortwechsel einen Revolver zog und von hinten einen Schuß auf ihn abgab. Die Kugel drang durch den Kopf hindurch und Talaat Pascha war sofort tot. Der Täter warf die Waffe weg und versuchte zu fliehen, wurde jedoch verfolgt und von einigen Passanten ergriffen und von ihnen schwer mißhandelt. Man brachte ihn zunächst zur Wommsenwache und von dort nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium. Einer Vernehmung des Täters, der nach bei ihm vorgefundenen Papieren der 24jährige armenische Student Salomon Teilerian ist, war nicht möglich, da er der deutschen Sprache kaum mächtig ist und außerdem eine so schwere Kopfverletzung erlitten hat, daß er gestern zur Vernehmung unfähig war. Ohne Zweifel handelt es sich hier um ein politisches Verbrechen. Talaat Pascha ist neben Enver Pascha der Hauptverantwortliche für die Armenier-Schlächtereien, die während der Kriegsjahre von der türkischen Regierung verübt worden. Sie erregten das Entsetzen der Welt, durften aber in Deutschland unter der Kriegsjur nicht gebrandmarkt werden, damit der türkische Bund desgenosse nicht getränkt wurde.

Große Arbeitslosendemonstration in Weimar.

Weimar, 16. März. (TU.) Große Arbeitslosendemonstrationen fanden gestern nachmittag vor dem Gebäude des städtischen Landtages statt. Es waren Arbeitslose aus dem ganzen Lande nach Weimar gekommen. Die Lage wurde schließlich so bedrohlich, daß die Regierung Polizei aus andern Städten in Autos nach Weimar holen ließ. Nach andern Meldungen kam es am Abend auf dem Marktplatz zwischen den Demonstranten und nationalistischen Elementen, die eine Kundgebung gegen die Ententeorderungen veranstalteten, zu Zusammenstößen. Die Polizei räumte darauf den Marktplatz.

Der Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens bevorstehend?

London, 15. März. Wie die Wälder berichten, soll das englisch-russische Handelsabkommen vor dem Abschluß stehen. Raslin soll aus Moskau Versprechungen mitgebracht haben, die von der britischen Regierung als befriedigend angesehen werden. Pall Mall Gazette and Globe meldet indes, das englisch-russische Handelsabkommen müsse noch dem Unterhaus zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die georgische Tragödie.

D.A. Berlin, 15. März. Nach den letzten in Berliner Auswärtigen Amt eingegangenen Nachrichten aus Georgien gewinnen die Bolschewiken immer weiter an Boden, sobald sich die Lage der georgischen Regierung und des Landes höchst kritisch gestaltet. Nach der Besetzung von Suzum nähern sich die roten Truppen nunmehr bedenklich Kutais, wohin sich die georgische Regierung nach der Räumung von Tiflis zurückgezogen hatte. Da sie sich auch dort nicht mehr sicher fühlt, ist mit ihrer Ueberriedlung nach Batum unmittelbar zu rechnen. D.A. Paris, 15. März. Wie dem Temps aus Konstantinobel gemeldet wird, haben türkische Truppen im Einvernehmen mit den georgischen Behörden Batum nunmehr besetzt.

Eine neue griechische Offensive?

Nach in Konstantinobel eingelaufenen Informationen scheint eine griechische Offensive in der Richtung auf Estishovir bevorzustehen. Griechische Truppenverfärfungen werden aus Subhad gemeldet. General Papulos, der sich in Smyrna befand, ist nach London abgereist.

Schweres Eisenbahnunglück bei Halle.

Ein verbrecherischer Anschlag.
Halle a. Saale, 16. März. Zu der vergangenen Nacht hat sich zwischen Amendorf und Halle ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das durch verbrecherische Hände herbeigeführt worden ist. Die Verbrecher hatten beide Gleise ausgehoben, wodurch gegen 12 Uhr nachts zwei sich begegnende Güterzüge entgleisten. Die Lokomotiven der beiden Züge klappten den Bahndamm hinab. Außerdem entgleisten die Post- und 20 Güterwagen. Bei dem Unglück wurden zwei Bahnbeamte und ein Viehhändler getötet. Sechs Bahnbeamte sind schwer verletzt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend. Die Hauptgleise nach Thüringen sind voraussichtlich auf 24 Stunden gesperrt. Der Personenverkehr wird über Leipzig geleitet. Von den Verbrechern hat man bisher noch keine Spur entdeckt.

Bayerische Katastrophenpolitik.

München, 11. März.
F. Die Einwohnerwehrfrage ist aufs neue zum Konfliktstoff zwischen Bayern und dem Reich geworden. Über darüber hinaus ist sie zu einer Gefahr für das Reich selbst geworden. Der Reichsrat hat gemäß der Forderung der Entente ein neues Entwaffnungsgeheiß gegen den Widerspruch Bayerns genehmigt, das mit dem 15. März in Kraft treten soll. Durch die Weigerung Bayerns, die Einwohnerwehren aufzulösen und zu entwaffnen, wird die Gefahr einer Besetzung weiterer deutschen Gebiets herausbeschworen und die Möglichkeit, die Verhandlungen über die Wiedergutmachung erneut aufzunehmen, in weite Ferne gerückt. In Frankreich beschäfftigt man sich bereits mit dem Gedanken, Strafmaßnahmen gegen Bayern selbst zu ergreifen. Nicht nur die Pariser Boulevardpresse, sondern Regierungskreise in Frankreich erwägen bereits den Gedanken einer Besetzung Bayerns. Die Besetzung soll vom Westen und Osten zugleich erfolgen. Vom Rhein her über Frankfurt ist der Einmarsch französischer Truppen gedacht, und vom Osten sollen tschechische Truppen über Utsch und Eger in Oberfranken einmarschieren. Der tschechische Ministerpräsident Benesch hat zwar erklärt, daß die Außenpolitik der tschechoslowakischen Republik eine durchaus friedliche sei, aber man müsse „für alle Eventualitäten“ bereit sein. Wer die völlige Abhängigkeit dieses Vassallenstaats von Frankreich kennt, der weiß auch, daß diese Aeußerung des tschechischen Außenministers nicht anders verstanden werden kann, als daß er mit einer eventuellen Intervention in Deutschland rechnet, wenn sie von Paris befohlen wird. Vor wenigen Tagen ließ sich die Regierung 700 Mill. Franken bewilligen, um die ihr plötzlich notwendig erscheinende Ausstattung der Mannschaften mit dreifacher Garnitur zu bestreiten. In den Gebieten an der bayerischen Grenze werden die Ortshäuser zum Zwecke der Feststellung von geeigneten Räumen und Ställen zur Unterbringung von Mannschaften und Pferden durch tschechische Genarmen besucht. Im Subkomitee des Verfassungsausschusses im tschechischen Parlament wurde ein Beschluß gefaßt, der besagt, daß zu einem internationalen Vertrag, durch den sich die tschechoslowakische Republik in einem bestimmten Falle zu einer Kriegshandlung verpflichtet, nicht die Zustimmung des Parlaments notwendig ist. Ein solcher Vertrag ist bereits mit der französischen Regierung abgeschlossen und der Beschluß des Verfassungsausschusses bedeutet nur die nachträgliche Billigung solcher Abmachung. Das alles scheint die bayerische Regierung nicht zu wissen, oder sie stellt sich absichtlich unwissend. Sie schürt die nationalistische Heße in Bayern und trägt damit zur Verschärfung der Situation bei. Die bayerische Presse hat einen wilden Feldzug gegen das Entwaffnungsgeheiß eingeleitet und ermahnt die Regierung ständig, festzubleiben. Die deutsch-nationale Münchener Augsburgische Abendzeitung schreibt: „Bayern kann zur Zeit an die Preisgabe der Selbstschutzeorganisationen nicht im entferntesten denken und hat das der Reichsregierung in der Note vom 8. Februar klar und deutlich mitgeteilt. Die Koalition im Landtag hat sich geschlossen hinter die Note der bayerischen Regierung gestellt. Entweder muß die Note vollinhaltlich aufrechterhalten bleiben, oder die gegenwärtige Koalition und damit die Regierung ist schweren Erschütterungen ausgesetzt.“ Die Bayerische Volksparteikorrespondenz erhebt ebenfalls heftigen Widerspruch gegen das Entwaffnungsgeheiß und verlangt von der Regierung, daß sie an ihrem bisherigen Standpunkt festhält, „selbst auf die Gefahr hin, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Bayern und dem Reich in dieser Frage bestehen, sich in bedauerlicher Weise noch verstärken sollten.“

Die Regierung bleibt auf ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt in der Entwaffnungsfrage bestehen und nimmt die ihr von der Presse vorgeschriebene Haltung ein. Sie flücht sich vor allem auch darauf, daß die Reichsregierung sich in ihrer Antwort auf die Entwaffnungsnote des Generals Kolliet den bayerischen Standpunkt in der Einwohnerwehrfrage voll zugeigen gemacht hat. Als am Sonntag eine nationalistische Demonstration, die in schärfster chauvinistischer Tonart gegen die Sanktionen und die Entwaffnung Stellung nahm, unter Führung des Obersten Eylander zum Ministerpräsidenten kam, rollte Herr v. Kahr aufs neue die Schuldfrage auf und erklärte: „Wir wollen dem Schwindel von der Schuld des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Es darf die Schuldfrage nicht mehr ruhen. Es wird sich zeigen, wo die Gauner sind.“ Er sagte weiter, daß er seinen bisherigen Weg gehen und sich durch keine Gefahr davon abbringen lassen werde. Als ihm zugezungen wurde: „Landgraf, bleibe hart!“ antwortete der Ministerpräsident: „Bleibe er auch!“ Die bayerische Regierung wird also ihre unverantwortliche Eifenstirnigkeit weiter beibehalten und sich auch durch die Gefahr einer Besetzung nicht davon abbringen lassen. Die Münchener Augsburgische Abendzeitung spricht